

Ukraine-Russland: „The Mutual Peace Engagement Conference“

Auf dem Weg zu einem Friedensabkommen

Die alternative Friedenskonferenz in Flühli, Schweiz

Internationale Experten mit umfassender Erfahrung vor Ort in der Ukraine sowie in Russland nahmen an einer alternativen Friedenskonferenz teil.

Ein Bericht von [Global Research](#) (von uns übersetzt aus dem Englischen)

Die offizielle, von der Schweiz gesponserte „Ukraine-Friedenskonferenz“ fand im üppigen Schweizer Bürgenstock Resort am Vierwaldstättersee statt, zu der bewusst Russland, einer der beiden wichtigsten „Akteure“, nicht eingeladen wurde. Das ist unverzeihlich.

Totaler Fehlschlag

Das Ergebnis war in der Tat ein totaler Fehlschlag. Zwei Tage nach dem Bürgenstock-Treffen wurden die Medien zum Schweigen gebracht – kein Wort mehr über den Bürgenstock-Event.

Mehrere einflussreiche Länder und ihre Staatsoberhäupter, darunter der brasilianische **Präsident Lula da Silva** und der saudische De-facto-Machthaber **Mohammed bin Salman** – und weitere –, **warnten die Schweiz, Russland nicht einzuladen, da ohne Russland am Tisch nichts Konstruktives herauskommen könne.** ([Mehr dazu hier](#))

Am 12. Juni, drei Tage vor Beginn des offiziellen Gipfels, organisierten wir, eine Gruppe von Freunden und Friedensaktivisten, Freunde von echtem Frieden, eine informelle, aber ECHTE Friedenskonferenz in Flühli, Schweiz. Wir nannten sie „Mutual Peace Engagement – Conference“ (MPEC).

An der MPEC nahmen internationale Experten mit umfangreicher Erfahrung vor Ort in der Ukraine und in Russland teil. Dazu gehörten ein russisch-schweizerischer Journalist, der russische Interessen vertrat, ein ehemaliger US-CIA-Agent mit

jahrzehntelanger internationaler Erfahrung, der die Interessen der USA vertrat, sowie hochrangige Schweizer und deutsche Offiziere im Ruhestand, die über jahrelange Kenntnisse der Region, insbesondere der Ukraine und Russlands, verfügten.

Ukrainer nehmen aus Angst vor Repressalien nicht teil

Interessanterweise versuchten die MPEC-Teilnehmer, auch einen Vertreter aus der Ukraine einzuladen, hatten aber kein Glück. Alle potenziellen Kandidaten lehnten ab und antworteten fast einstimmig: Es sei zu gefährlich, eine Meinung zu äußern, die möglicherweise nicht mit der Politik von Zelenskyy übereinstimmt. Sie erwähnten mögliche Repressalien gegen sich selbst und/oder ihre Familien.

Die Teilnehmer der MPEC waren sich auch der Geschichte bewusst, was zum Maidan-Putsch im Jahr 2014 führte, wer ihn inszenierte – und dass der Krieg in der Tat bereits 2014 begann, was Herr Stoltenberg, NATO-Generalsekretär, bei mehreren Gelegenheiten sagte und damit zugab, dass es nicht Russlands Einmischung – NICHT Invasion – in der Donbass-Region der Ukraine war, die den aktuellen Krieg auslöste.

Dieser historische Punkt wurde vom US-Vertreter, der auf der Konferenz per Zoom aus den Vereinigten Staaten sprach, klar herausgestellt.

Diese Art von bedeutsamer Perspektive wurde auf der offiziellen, von der Schweiz gesponserten Konferenz nicht einmal diskutiert, geschweige denn in den Schlussfolgerungen des Gipfels berücksichtigt.

Die MPEC gibt nicht vor, die perfekte Lösung zu haben. Eine solche wird es vielleicht nie geben, aber die MPEC hat auf einen Vorschlag hingearbeitet, der nahe genug herankommt, dass mit Kompromissen ein Friedensabkommen erreicht werden könnte.

Friedensabkommen 2022 wurde nicht unterzeichnet

So veranstaltete die Türkei im April 2022 eine Friedenskonferenz, an der alle

Parteien teilnahmen, darunter auch die Ukraine, vertreten durch Präsident Zelenskyy, und auf der ein mögliches Friedensabkommen erzielt wurde, das alle Parteien, einschließlich Präsident Putin und Präsident Zelenskyy, zu unterzeichnen bereit waren. In letzter Minute rief Boris Johnson, der damalige Premierminister des Vereinigten Königreichs, Zelenskyy auf, das Abkommen nicht zu unterzeichnen.

Damals war klar: Der Westen war nicht am Frieden interessiert, und Präsident Zelenskyy war nicht autonom, führte kein souveränes Land.

Das gilt auch heute – der Westen ist nicht an Frieden interessiert. Der Westen will das fortsetzen, was er glaubt und wünscht, nämlich Russland zu schwächen, um schließlich das größte (Fläche) und reichste (Ressourcen) Land der Welt zu übernehmen. Die Ukraine ist die perfekte Plattform für diesen Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland.

Vielleicht noch wichtiger, oder genauso wichtig, ist dies:

„KRIEG ist ein Geschäft. Das war er schon immer. Es ist wahrscheinlich das älteste, das profitabelste und sicherlich das bösartigste. Er ist das einzige von internationalem Ausmaß. Er ist das einzige, bei dem die Gewinne in Dollar und die Verluste in Leben berechnet werden.“ – Zitat aus einer Rede von Smedley D. Butler aus dem Jahr 1935, einem pensionierten Generalmajor des United States Marine Corps und zweifachen Träger der Medal of Honor.

Töten ist das profitabelste Geschäft

Das ist heute noch genauso wahr wie damals. Das Töten ist das profitabelste Geschäft, gleich vor dem Drogen- und Menschenhandel.

Auf der jüngsten SPIEF-Konferenz (St. Petersburg International Economic Forum) in St. Petersburg fragte ein Journalist Präsident Putin, was nötig sei, um ein Friedensabkommen in der Ukraine zu erreichen. Putin antwortete, dass das im April 2022 in Istanbul erzielte Abkommen, das von Boris Johnson boykottiert wurde, eine

gute Grundlage sei; natürlich habe sich seitdem viel getan, und ein mögliches Abkommen müsse entsprechend aktualisiert werden.

Ein Teil der Aktualisierung könnte wahrscheinlich die vier russischen / russischsprachigen Gebiete umfassen, die derzeit unter Russlands Schutzkontrolle stehen. Vergessen wir nicht, dass Kiews Asow-Bataillone, auch „Rechter Sektor“ genannt, seit dem Maidan-Putsch am 22. Februar 2014 in diesen Gebieten etwa 14.000 bis 17.000 Russen (17.000 ist die letzte russische Zahl) getötet haben, meist Frauen und Kinder.

Sehen Sie sich dieses 12-minütige Video an, das die wichtigsten Punkte des MPEC-Treffens in Flühli zusammenfasst.



[Bericht der Konferenz auf youtube](#) | Im Bild: Alec Gagneux, Organisator der Konferenz

Die MPEC befasste sich mit dem Istanbul Abkommensentwurf 2022 und den Bedingungen, die von allen Teilnehmern, einschließlich der Vertreter Russlands und der USA, als recht vernünftig angesehen wurden.

Kernpunkte zur Erreichung des Friedens

Die MPEC kam dann zu den folgenden Kernpunkten, die zur Erreichung des Friedens notwendig sind:

1. Ein sofortiger Waffenstillstand – entlang der derzeitigen Grenzlinien – auf dem Weg zu einem dauerhaften Friedensabkommen. Letzteres könnte von einem neutralen Land vermittelt werden – China hat seine diplomatischen Dienste angeboten. Andere Alternativen wären Ungarn, Serbien, die Tschechische Republik, andere.... oder ein Komitee aus einer Kombination mehrerer Länder.
2. Einrichtung einer Pufferzone entlang der russisch-ukrainischen Grenze.
3. Autonomie der neuen, von Russland kontrollierten Gebiete, möglicherweise Eingliederung der Region Donbas in die Russische Föderation sowie der neu hinzugewonnenen, überwiegend russisch/russischsprachigen Gebiete; möglicherweise ein weiteres Referendum der Bevölkerung in diesen Gebieten.
4. Keine weitere Diskussion über die Krim und die Hafenstadt Sewastopol. Sie stimmten im März 2014 mit überwältigender Mehrheit (über 90 %) dafür, Teil der Russischen Föderation zu werden, was von der Duma (russisches Parlament) ratifiziert wurde.
5. Keine NATO oder andere ausländische Truppen in der Ukraine.
6. Entmilitarisierung der Ukraine – keine westlichen Waffenlieferungen mehr.
7. Keine Atomkriegsköpfe in der Ukraine, niemals.
8. Entnazifizierung der Ukraine – Asow und verwandte „Bandera-ähnliche“ Gruppen, der „Rechte Sektor“, sind zu verbieten. Zur Erinnerung: Die ukrainischen Nazi-Truppen kämpften im Zweiten Weltkrieg an der Seite Hitlers gegen Russland und sind für Hunderttausende von russischen Toten verantwortlich.
9. Kein „Landgrabbing“ durch westliche Konzerne, damit die Ukraine, sobald sie frei und unabhängig von jeglicher Besatzung ist, eine souveräne Ukraine für ein souveränes ukrainisches Volk sein wird.
10. Neutralität für die Ukraine – ein souveräner Staat, der frei ist, mit Ost und West zu handeln und Beziehungen zu unterhalten.
11. Die Verfolgung von Kriegsverbrechen / Verbrechern vor Gericht.
12. Einrichtung einer multinationalen Überwachungskommission – vorgeschlagen werden 5 Jahre, die bei Bedarf verlängert werden können.
13. Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission – damit die Menschen soziologisch und psychologisch in der Lage sind, mit den Schäden des Konflikts umzugehen.

Die MPEC schlägt absichtlich vor, die politische UNO NICHT in Fragen des Friedensabkommens und/oder dessen Überwachung einzubeziehen, da die UNO derzeit nicht neutral ist, sondern in den Händen des Großkapitals und in einer Allianz mit dem WEF steht – der wiederum vom Großkapital und den elitären Milliardärs-Oligarchen kontrolliert wird.

Darüber hinaus formulierte der MPEC Vorschläge zur langfristigen Verbesserung des Friedens.

Präambel: Alle politischen Bonzen, Finanzoligarchen und andere Machthaber, die zum Krieg aufrufen, sollten zuerst, vor allen anderen, an die Front gehen und als Soldaten kämpfen – und dabei das Risiko eingehen, verstümmelt oder getötet zu werden. Diese Regel könnte ALLE KRIEGE für immer beenden.

- i) Ein sofortiger und überwachter Waffenstillstand ist die Vorbedingung für ein dauerhaftes „gegenseitiges Friedensabkommen“.
- ii) International beachtetes Verbot von Waffenlieferungen an Krieg führende Parteien – weltweit; Stärkung von Regel 70 des humanitären Völkerrechts (HVR), das Teil des Völkerrechts ist; das Regelwerk, das die Beziehungen zwischen Nationalstaaten regelt.
- iii) Kriegspropaganda muss verboten werden – ÜBERALL – Schulen, Medien, Regierungen... unter Anwendung der bestehenden internationalen Gesetze (1992).
- iv) UN-organisierte (Typ UNWRA) Nahrungsmittel- und medizinische Hilfe für die kriegsgeschädigte Bevölkerung sowie vom UNHCR unterstützte Repatriierung von Flüchtlingen.
- v) Aufhebung und Verbot ALLER Sanktionen weltweit. Sanktionen verletzen die Regeln des Völkerrechts (siehe 1, oben).
- vi) (a) Einrichtung eines Kriegsverbrechertribunals zur Verfolgung von Kriegsverbrechern, und (b) keine Immunität für Kriegsverbrechen für JEDEN, einschließlich Politiker.
- vii) Einrichtung einer „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ – wie andere in Konfliktgebieten geschaffene Kommissionen, um Missstände zu beseitigen.
- viii) Abschaffung der NATO und ihrer Unterorganisationen. Die

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) wurde 1949 in Washington DC von den USA, Kanada und mehreren europäischen Ländern gegründet, um kollektive Sicherheit gegen die vom Westen „wahrgenommene“ Bedrohung durch die Sowjetunion zu gewährleisten. Im besten Fall konnte die NATO in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als Gegenstück zum von der UdSSR gegründeten Warschauer Pakt gerechtfertigt werden, und zwar bis 1991, als die Sowjetunion zusammenbrach und der Warschauer Pakt aufgelöst wurde.

Danach ist die Fortführung der NATO durch nichts mehr zu rechtfertigen. Daher ist die NATO zu einer westlichen Kriegsmaschine geworden und verhält sich wie eine Aggressorin, nicht wie eine Verteidigungsorganisation. Die NATO hat ihre transatlantischen Grenzen längst überschritten, da sie ungestraft Konflikte und Aggressionen in der ganzen Welt verursacht.

- ix) Ausarbeitung eines Wirtschafts- und Währungssystems, das den FRIEDEN statt den KRIEG fördert. Erinnern Sie sich – „KRIEG ist ein Schläger“. – siehe oben, von Smedley D. Butler.
- x) [Ausländisches] Landgrabbing muss verboten werden. Eine neue souveräne Ukraine gehört der freien und souveränen ukrainischen Bevölkerung.
- xi) Schutz der Umwelt: Das Pariser Umwelt-/Klimaabkommen von 2015 sieht in einer halbklandestinen Regelung vor, dass CO₂-Abgase und andere Schadstoffe aus dem Militär (und vier anderen Wirtschaftssektoren) bei den Zielen des Abkommens nicht berücksichtigt werden. Kriege und andere militärische bzw. konfliktbezogene Aktivitäten sind wohl die bei weitem größten Verschmutzer und Verursacher von Treibhausgasen weltweit. Daher muss diese Regel aufgedeckt und aufgegeben werden. Würden die so überarbeiteten Umwelt- und Klimaregeln gelten, würden Kriege verschwinden.
- xii) Deutschland und den meisten europäischen Ländern ist es durch ihre Verfassung verboten, mit NAZI-Regimen zu assoziieren. Deutschland hat bis heute keinen Friedensvertrag mit den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen, sondern ist immer noch ein besetztes Land unter einem Waffenstillstandsabkommen. Deutschland hat daher keine Verfassung an sich, sondern ein „Grundgesetz“ – ein nationales Grundgesetz, das Deutschland die Assoziierung mit dem Nazismus auf lokaler und internationaler Ebene verbietet.

Diese Liste von Vorschlägen zur Förderung eines dauerhaften Friedens ist möglicherweise nicht vollständig, und die Punkte sind nicht unbedingt in der Reihenfolge ihrer Priorität aufgeführt. Einige von ihnen erscheinen als

Wiederholungen von Punkten, die für ein Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Russland genannt wurden. Sie stellen lediglich eine Erweiterung dieser Friedensbedingungen dar.

Die Konferenz ist der Ansicht, dass die Einhaltung der Bedingungen des Friedensabkommens und der vorgeschlagenen Verbesserungsregeln zu einem dauerhaften Frieden führen könnte.

Über den Autor

Peter Koenig ist geopolitischer Analyst und ehemaliger leitender Wirtschaftswissenschaftler bei der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wo er über 30 Jahre lang weltweit tätig war. Er ist Autor von *Implosion – Ein Wirtschaftsthiller über Krieg, Umweltzerstörung und Konzerngier* und Co-Autor von Cynthia McKinneys Buch *„When China Sneezes: From the Coronavirus Lockdown to the Global Politico-Economic Crisis“* (Clarity Press – November 1, 2020).

Peter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre for Research on Globalization (CRG). Er ist auch ein nicht ansässiger Senior Fellow des Chongyang Instituts der Renmin Universität, Peking.

*Die Originalquelle für diesen Artikel ist Global Research
Urheberrecht © Peter Koenig, Global Research, 2024*